

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Walter Rauch  
und weiterer Abgeordneter

**betreffend Zahlungen für Klimaschutzmaßnahmen im Ausland im Zuge der COVID-19-Wirtschaftskrise streichen**

*eingebracht in der 62. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 19. November 2020 im Zuge der Debatte zu TOP 11, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (380 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2021 (Bundesfinanzgesetz 2021 – BFG 2021) samt Anlagen (449 d.B.) – UG43*

Die wirtschaftlichen Schäden durch die vielkritisierten COVID-19-Gesetze, Verordnungen und Erlässe der Bundesregierung nehmen immer größere Ausmaße an und tausende Österreicherinnen und Österreicher verlieren ihre Arbeit und ihre berufliche Existenz.

Es gilt daher der Gefahr von Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen und bei Investitionen immer auch Synergien auf nationaler Ebene anzustreben. Aufgrund der globalen Wirkung von Klimaschutzmaßnahmen können diese ebenso innerhalb Österreichs gesetzt werden, mit dem Vorteil dabei eine Umwegrentabilität für die heimische Wirtschaft zu erzielen.

Dennoch investiert die Bundesregierung statt im Inland lieber in den Green Climate Fund (GCF), der im Zuge einer Revision der österreichischen Klimafinanzierungsstrategie aufgrund seiner mangelhaften Kosteneffektivität bereits 2017 in die Kritik geraten ist.<sup>1</sup>

Die Tageszeitung Kurier berichtet zum Auslandsinvestment der Bundesregierung:

*Dies wurde entsprechend einer Übereinkunft im Regierungsprogramm umgesetzt, in der ÖVP und Grüne "eine signifikante Erhöhung" des Beitrags zum GCF vorgesehen hatten. Insgesamt stehen damit 130 Millionen Euro für die Periode von 2019 bis 2023 zur Verfügung - eine Verfünffachung gegenüber dem Beitrag von 26 Mio. Euro in der vergangenen Periode - kein weiteres Land weise eine derartige Erhöhung auf.<sup>2</sup>*

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachfolgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert ehestmöglich alle an das Ausland getätigten Zahlungen für den Klimaschutz vertragskonform zu streichen und durch nationale Investitionen in den Klimaschutz zu ersetzen.“

1. [https://www.bmlrt.gv.at/umwelt/klimaschutz/internationales/int\\_klimafinanzierung/strategie\\_berichte.html](https://www.bmlrt.gv.at/umwelt/klimaschutz/internationales/int_klimafinanzierung/strategie_berichte.html)  
2. <https://kurier.at/politik/inland/green-climate-fund-oesterreichs-beitrag-wird-bis-2023-verfuenffacht/401031302>

